

# AMT LEBUS

Der Amtsdirektor

Amt Lebus • Breite Straße 1 • 15326 Lebus



Landplan GmbH  
Möllenstraße 50, Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf / OT Herzfelde

Auskunft erteilt : Frau Bittelmann

Amt für Stadt- und Gemeindeentwicklung

Sprechzeiten : Di 9.00 - 12.00 u. 13.00 - 18.00 Uhr  
Do 8.30 - 12.30 Uhr

✉ k.bittelmann@amt-lebus.de

☎ 033604 44565 Fax 033604 44513

Lebus, den 24.07.2024

## 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“

**Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

### Stellungnahme des Amtes Lebus

Sehr geehrte Damen und Herren,

keine der amtsangehörigen Gemeinden ist Nachbargemeinde der Gemeinde Gusow - Platkow.

Es sind, nach Prüfung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zum o.g. Verfahren, keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in den Gemeinden des Amtes Lebus zu erkennen. Aus diesem Grund gibt es für die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der Aufstellung der Bebauungspläne keine Einwendungen oder Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Katrin Bittelmann  
SB Bauleitplanung

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow" der Gemeinde Gusow-Platkow
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

##### b) Rechtsgrundlage

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

**Siehe unter 4.**

##### b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

#### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

##### a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

## Auswirkungen

### b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

#### 4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

#### Sachstand:

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ der Gemeinde Gusow-Platkow sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Biomethanaufbereitungsanlage geschaffen werden.

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 0,4 ha. Die nächstgelegenen schutzbedürftigen Wohnbebauungen liegen ca. 50 m westlich vom Plangebiet.

Im Parallelverfahren wird der Flächennutzungsplan Gusow-Platkow geändert (2. Änderung).

#### Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Die beabsichtigte Nutzung berührt unter Berücksichtigung des Standortes immissionsschutzrechtliche und störfallrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise/Nachforderungen sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.

#### Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

##### Geräusche

Von der geplanten Biomethanaufbereitung (Membrantechnologie) mit CO<sub>2</sub>-Verflüssigung sind gemäß Stand der Technik keine anlagenbedingten Emissionen zu erwarten.

Dem Immissionsort - 1 (Wohnhaus im Außenbereich; Karlshof Nr. 6) wurde bei der bestehenden Anlage eine Schutzwürdigkeit gegenüber Geräuschen zugemessen, die den Immissionsrichtwerten der TA Lärm für Mischgebiete entspricht.

Deshalb ist im Rahmen des weiteren Verfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine Prognose der Geräusch-Immissionsbelastung unter Berücksichtigung aller technischen Anlagenteile und des geänderten Fahrzeugverkehrs (Abtransport des Flüssig-CO<sub>2</sub>) erforderlich. Durch die Planung muss sichergestellt werden, dass die Beurteilungspegel der durch die gewerbliche Anlage bedingten Geräuschimmissionen die Immissionsrichtwerte (IRW) an den maßgeblichen Immissionsorten nicht

überschreiten. Die ggf. notwendigen emissionsmindernden Maßnahmen sind im Bebauungsplan festzusetzen bzw. zu erläutern.

#### Auswirkungen von schweren Unfällen

Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3, Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete, und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude soweit wie möglich vermieden werden.

Da sich innerhalb der 2. Änderung des FNP die Biogasanlage der Averkamp Biogasanlage GmbH & Co. KG (BGA Averkamp) befindet, war zu ermitteln, ob im Rahmen der Bauleitplanung der Schutz von benachbarten Schutzobjekten im Sinne des Artikel 3, Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU i. V. m. § 3 Absatz 6 BImSchG auch weiterhin gegeben ist.

Biogas ist gemäß Nr. 1.2.2 des Anhangs I der Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (12. BImSchV) als gefährlicher Stoff einzustufen. Die BGA Averkamp ist entsprechend ihrer maximalen Lagermenge von 28.900 kg an Biogas als Betriebsbereich der unteren Klasse eingestuft. Es besteht die Gefahr schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen. Dem entsprechend fehlen in der Begründung mit Stand März 2024 auf Seite 6 im Punkt 3.2.1 Aussagen, welche sicherstellen, dass die Vorgaben aus dem Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit (Leitfaden KAS-18, KAS 32) zum angemessenen Achtungsabstand eingehalten werden. Zudem wird in dieser Begründung durch die Errichtung von vier weiteren Gärrestlagern eine Mengenmehrung der relevanten Menge an Biogas angekündigt. Dem entsprechend ist es aus störfallrechtlicher Sicht notwendig, eine gemäß § 29b BImSchG benannte gutachterliche Abstandsbetrachtung durchzuführen und der Begründung nachzureichen. Des Weiteren ist zu klären, ob mit der geplanten Mengenmehrung an Biogas die im Anhang I, Nr. 1.2.2 der 12. BImSchV aufgeführte Schwellmenge von 50.000 kg erreicht oder überschritten wird.

Das in der geplanten Biomethananlage herzustellende Biomethan ist gleichfalls ein gefährlicher Stoff im Sinne des § 2 der 12. BImSchV und ist auch im Anhang I, Spalte 1, unter der Nummer 1.2.2 (entzündbare Gase) aufgeführt. In der Begründung mit Stand März 2024 auf Seite 7 im Punkt 3.2.2 wurde eine geplante Aufbereitungskapazität von ca. 500 m³/h bis 1.100 m³/h an Biomethan aufgeführt, so dass auch hier von einer Gefährdung von benachbarten Schutzobjekten gemäß § 3 Absatz 5d ausgegangen werden muss. Des Weiteren ist hier zu klären, ob die Biogasmethananlage der E-Energie Karlshof GmbH mit der BGA Karlshof gemäß § 1 Absatz 3 der 4. BImSchV eine gemeinsame Anlage bildet. Die gegenseitige Abhängigkeit ist entsprechend der Begründung mit Stand März 2024 offensichtlich.

In der Gesamtheit beider o. g. Vorhaben ist festzustellen, dass in der Begründung mit Stand März 2024 zur Aufstellung des Bebauungsplans „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ keine Störfallbetrachtung durchgeführt wurde. Somit ist die Begründung unvollständig und nicht beurteilungsfähig.

#### Hinweis zur Störfallbetrachtung:

Die geplante Biogasmethananlage der E-Energie Karlshof GmbH soll mit der bereits vorhandenen BGA Averkamp durch ein Rohrnetz zum Zwecke der Biogasaufbereitung verbunden werden. Gemäß § 1 Absatz 3 der 4. BImSchV bilden beide Anlagen eine gemeinsame Anlage, wenn:

1. mehrere Anlagen derselben Art in einem engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen,
2. auf demselben Betriebsgelände liegen,
3. mit gemeinsamen Betriebseinrichtungen verbunden sind und
4. einem vergleichbaren technischen Zweck dienen.

Auch wenn sich die geplante Biomethananlage nicht auf dem Betriebsgelände der BGA Averkamp befindet, bildet die Biogasmethananlage mit der BGA Karlshof eine gemeinsame Anlage, da sie mit gemeinsamen Betriebseinrichtungen verbunden sind und einem vergleichbaren technischen Zweck dienen. Dabei ist es nicht wesentlich, ob beide Anlagen in einem engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen oder einen gemeinsamen Betreiber haben.

#### Fazit:

Eine abschließende Stellungnahme kann erst nach Vorlage der schalltechnischen Untersuchung sowie der Ergänzung einer Störfallbetrachtung (incl. Abstandsbetrachtung) erfolgen.

Im Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan sind die Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft sowie die Auswirkungen von schweren Unfällen nachvollziehbar darzustellen. Die erforderlichen Gutachten sind den Planungsunterlagen beizufügen.

Dieses Dokument wurde am 05.08.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

# AMT LEBUS

Der Amtsdirektor

Amt Lebus • Breite Straße 1 • 15326 Lebus



Landplan GmbH  
Möllenstraße 50, Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf / OT Herzfelde

Auskunft erteilt : Frau Bittelmann

Amt für Stadt- und Gemeindeentwicklung

Sprechzeiten : Di 9.00 - 12.00 u. 13.00 - 18.00 Uhr  
Do 8.30 - 12.30 Uhr

✉ k.bittelmann@amt-lebus.de

☎ 033604 44565 Fax 033604 44513

Lebus, den 24.07.2024

## **2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“**

**Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB, Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

### **Stellungnahme des Amtes Lebus**

Sehr geehrte Damen und Herren,

keine der amtsangehörigen Gemeinden ist Nachbargemeinde der Gemeinde Gusow - Platkow.

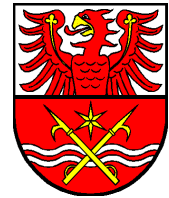
Es sind, nach Prüfung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen zum o.g. Verfahren, keine unmittelbaren Auswirkungen auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung in den Gemeinden des Amtes Lebus zu erkennen. Aus diesem Grund gibt es für die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der Aufstellung der Bebauungspläne keine Einwendungen oder Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Katrin Bittelmann  
SB Bauleitplanung

# Landkreis Märkisch-Oderland

## Der Landrat



Landratsamt – Klosterstraße 14 – 15344 Strausberg

Landplan GmbH  
Möllenstraße 50 - Haus 10 D  
15378 Herzfelde

Fachbereich: III  
Amt: Bauordnungsamt  
Fachdienst: Technische Bauaufsicht  
Dienstort: 15344 Strausberg  
Klosterstraße 14  
Auskunft erteilt: Frau Schneider  
Durchwahl: 03346 8507543  
Telefax: 03346 8507509  
E-Mail: tba-sued@landkreismol.de  
**AZ: 63.30/02308-24**  
Strausberg, 27.08.2024

Antragsteller: Amt Seelow-Land  
Der Amtsdirektor, Steffen Lübke

Grundstück: Gusow-Platkow, ~  
Gemarkung Gusow, Flur 4, Flurstücke 367, 145

Vorhaben: Vorhabenbezogener B-Plan gem. § 4b BauGB  
"Karlshof Solarfeld" Gem. Gusow-Platkow

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage erhalten Sie die Stellungnahmen der Fachämter des Landratsamtes zu o.g. Bauleitplanverfahren. Das Liegenschafts- und Bauverwaltungsamt, die untere Denkmalbehörde, die untere Bodenschutzbehörde und die Brandschutzdienststelle haben noch keine Stellungnahmen abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Sachbearbeiterin Bauplanungsrecht

### Anlagen:

#### Stellungnahmen der Fachämter:

- Bauordnungsamt/Bauplanungsrecht
- Amt für Landwirtschaft/ Agrarentwicklung
- Wirtschaftsamt
- Untere Naturschutzbehörde
- Untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Untere Bodenschutzbehörde
- Untere Wasserbehörde
- Denkmalschutzbehörde

Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse [poststelle@landkreismol.de](mailto:poststelle@landkreismol.de) zur Verfügung. Informationen unter :<http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: [www.maerkisch-oderland.de](http://www.maerkisch-oderland.de)

Allgemeine Sprechzeiten:

Di. 9 – 12; 13 – 18 Uhr

Fr. 9 – 12 Uhr

Bankverbindung: Sparkasse Märkisch-Oderland

IBAN: DE04 1705 4040 0020 0671 19

BIC: WELADED1MOL

Steuerangaben:

064/149/04295

USt-ID-Nr.: DE155877679



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

Landplan GmbH  
Frau Jacqueline Volk  
Möllenstraße 50, Haus 10D  
15378 Herzfelde

Brandenburgisches Landesamt  
für Denkmalpflege und  
Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege /  
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5  
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Internet: [www.bldam-brandenburg.de](http://www.bldam-brandenburg.de)

Dezernat Bodendenkmalpflege  
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /  
Braunkohle  
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06  
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71  
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01  
E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Wünsdorf, den 15. Juli 2024

Ihr Zeichen  
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)  
GV 2024:252

**Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ und Vorentwurf 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow**

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte Frau Volk,

im Bereich des o. g. Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhaberträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



Dr. Joachim Wacker  
Referatsleiter Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Kopie an - Lkr. Märkisch-Oderland / Untere Denkmalschutzbehörde

**Von:** ToeB-Verfahren@ewe-netz.de  
**Gesendet:** Mittwoch, 3. Juli 2024 13:40  
**An:** jvolk@landplan.de  
**Betreff:** AW: Trägerbeteiligung VBP Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow/Trägerbeteiligung VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage Gusow-Platkow/ 2.Änderung des FNP Gusow/Platkow, Stellungnahme EWE NETZ GmbH 2024-5854 ID[#1695324880#74752682#78b01aa#]

Guten Tag,

vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik.

Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B.

Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein.

Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 5m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnte ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:

<https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern.

Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete

Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:  
<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>

### Unsere Kontaktdaten haben sich geändert!

Ab sofort erreichen Sie unsere Fachabteilung für "Träger öffentlicher Belange" ausschließlich unter folgender eigenständiger E-Mailadresse:

[ToeB-Verfahren@ewe-netz.de](mailto:ToeB-Verfahren@ewe-netz.de)

Ändern Sie zudem, falls noch nicht geschehen, unsere postalische Anschrift wie folgt:

EWE NETZ GmbH  
GE-AS Leitungsrechte  
Cloppener Straße 302  
26133 Oldenburg

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Katja Mesch unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493155.

Freundliche Grüße

*Ihr EWE NETZ-Team*

Katja Mesch

### EWE NETZ GmbH

Cloppener Straße 302  
26133 Oldenburg

E-Mail: [ToeB-Verfahren@ewe-netz.de](mailto:ToeB-Verfahren@ewe-netz.de)  
Internet: [www.ewe-netz.de](http://www.ewe-netz.de)

Handelsregister Amtsgericht Oldenburg HRB 5236  
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Urban Keussen  
Geschäftsführung: Torsten Maus (Vorsitzender) Jörn Machheit

----- Ursprüngliche Nachricht -----

**Von:** Jacqueline Volk <jvolk@landplan.de>

**Empfangen:** 25.06.2024, 10:48

**An:** gisela.kania@gl.berlin-brandenburg.de; Regionale Planungsgemeinschaft <post@rpg-oderland-spree.de>; Martina Herter <martina\_herter@landkreismol.de>; andrea.barenz@LfU.brandenburg.de; toeb@ls.brandenburg.de; karsten.raderkopp@LVLF.brandenburg.de; "Landesamt für bergbau, Geologie und Rohstoffe" <lbgr@lbgr.brandenburg.de>; "Oberförsterei Waldsieversdorf" <obf.waldsieversdorf@lfb.brandenburg.de>; martin.petzel@bldam-brandenburg.de; "'info@landesbüro.de'" <info@xn--landesbro-w9a.de>; daniel.roller@edis.de; ines.lawrenz@telekom.de; EWE Netz GmbH <info@ewe-netz.de>; gerhard.schulz@waz-seelow.de; p.olesch@wams-mbh.de; info@fuewasser.de; gedo@gedo-seelow.de; olaf.wiesner@deutschebahn.de; leitungsauskunft@gascade.de; info@seelow.de; "'rathaus@stadt-müncheberg.de'" <rathaus@xn--stadt-mncheberg-5vb.de>; sekretariat@amt-golzow.de; buerodesamtsdirektors@amt-lebus.de; biolandhof-zielke@gmx.de; "'info@diedersdorfer-oelmühle.de'" <info@xn--diedersdorfer-oelmehle-9lc.de>

**Betreff:** Trägerbeteiligung VBP Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow/Trägerbeteiligung VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage Gusow-Platkow/ 2.Änderung des FNP Gusow/Platkow

**Von:** Bach, Dimitrius <Dimitrius.Bach@gascade.de> im Auftrag von  
Leitungsauskunft GASCADE <leitungsauskunft@gascade.de>  
**Gesendet:** Freitag, 12. Juli 2024 10:05  
**An:** jvolk@landplan.de  
**Betreff:** Trägerbeteiligung VBP Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-  
Platkow/Trägerbeteiligung VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage  
Gusow-Platkow/ 2.Änderung des FNP Gusow/Platkow  
**Anlagen:** Trägerbeteiligung VBP Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-  
Platkow\_Trägerbeteiligung VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage  
Gusow-Platkow\_2\_Änderung des FNP Gusow\_Platkow.msg; BIL-Flyer-  
Kommune\_Jan-2021.pdf; BIL-Boardingpass.pdf

Aktenzeichen: 20240712-100222

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.

Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber SEFE Energy GmbH (Rechtsnachfolgerin der WINGAS GmbH) sowie NEL Gastransport GmbH.

Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt **nicht betroffen** sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.

Für Kompensationsmaßnahmen muss sichergestellt sein, dass diese unsere Anlagen nicht beeinträchtigen und nicht im Schutzstreifen unserer Anlagen stattfinden werden. Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls mit entsprechenden Planunterlagen zur Stellungnahme vorzulegen. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.

Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB-Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter

<https://portal.bil-leitungsauskunft.de>

einzuholen sind.

Bitte richten Sie daher Ihre zukünftigen Anfragen an uns, direkt an das o.g. BIL-Portal.

---

### ***BIL – Der Auskunftsdienst einer starken Kooperationsgemeinschaft***

*Das BIL-Online-Portal ist eine Initiative und ein Zusammenschluss einer Vielzahl von Leitungsbetreibern. Gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern stellt das BIL-Online-Portal eine umfassende, spartenübergreifende sowie bundesweite Online-Leitungsauskunft bereit. Die Nutzung des BIL-Online-Portals ermöglicht Ihnen, Ihre Bau-/Planungsanfrage direkt online einfach und schnell zu formulieren. Bei Zuständigkeit erfolgt die Stellungnahme durch die jeweiligen Leitungsbetreiber und die rechtssichere Archivierung des gesamten Anfragevorganges vollständig digital und übersichtlich innerhalb des BIL-Online-Portals.*

Weitere Informationen über BIL können Sie der Seite <http://bil-leitungsauskunft.de> entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

GASCADE Gastransport GmbH

Team Leitungsauskunft

E-Mail: [leitungsauskunft@gascade.de](mailto:leitungsauskunft@gascade.de)

GASCADE Gastransport GmbH / Kölnische Straße 108-112 / 34119 Kassel, Germany



20240712-  
100222\_AD Check

[www.gascade.de](http://www.gascade.de) / [GASCADE@LinkedIn](#)

Mit uns in die Wasserstoff-Zukunft:

[AquaDuctus](#)

[Flow - making hydrogen happen](#)



making  
hydrogen  
happen

GASCADE Gastransport GmbH  
Sitz der Gesellschaft: Kassel, Deutschland  
Handelsregister: Amtsgericht Kassel, HRB 13752  
Geschäftsführer: Dr. Christoph-Sweder von dem Bussche-Hünnefeld, Ulrich Benterbusch  
Aufsichtsratsvorsitzender: Mario Mehren

Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Gemeinde Gusow-Platkow

- über -

Amt Seelow-Land

Küstriner Straße 67

15306 Seelow

Nur per Mail: [info@amt-seelow.de](mailto:info@amt-seelow.de)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8

14467 Potsdam

Bearb.: Jens-Uwe Gutsche

Gesch.-Z.: 11-GL5-4613-1-601/2024-  
001/001

Tel.: +49 335 606769937

Fax: 0355 60676-3118

[Jens-Uwe.Gutsche@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:Jens-Uwe.Gutsche@gl.berlin-brandenburg.de)

Dok.-Nr.: A-2024-00033397

Internet: [gl.berlin-brandenburg.de](http://gl.berlin-brandenburg.de)

Frankfurt (Oder), 09. Juli 2024

**2024-0446 - Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow; Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow (2024-0447); 2. Änderung des FNP der Gemeinde Gusow-Platkow (1999-0300)**

Verfahrensschritt: Stand: März 2024

Gemeinde / Ortsteil: Gusow-Platkow / Gusow

Kreis: Märkisch-Oderland

Region: Oderland-Spree

Ihre Anfragen vom:  
02.07.2024

eingegangen am:  
02.07.2024

Ihr Zeichen/Reg.-Nr.:

<input checked="" type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>

**Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages**

**Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

**Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:**

<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>

Die Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung

**Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen**

Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst

Anrechnung auf die Eigenentwicklungsoption (EEO) / Wachstumsreserve (WR) in ha

**Zielemitteilung / Erläuterungen**

Die Gemeinde Gusow-Platkow befindet sich gemäß dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im Weiteren Metropolenraum (Ziel 1.1 LEP HR).

**Dienstsitze**

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6  
GL 4  
GL 5

14467 Potsdam

03046 Cottbus

15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8

Gulbener Straße 24

Müllroser Chaussee 54

**Telefon**

0331-866-8701

0355-494924-51

0335-06076-9932

**Fax**

0331-866-8703

0355-494924-99

0335-60676-9944

**ÖPNV**

Tram 92, 93, 96, Bus 606

Bus 16

Tram 3, 4, Bus 981

Ziel der VBP ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage (auf ca. 6,2 ha von insgesamt 12,2 ha Fläche) sowie für eine Biomethanaufbereitungsanlage (auf ca. 0,44 ha).

Parallel soll mit der 2. Änderung des FNP der Gemeinde Gusow-Platkow in den beiden VBP-Geltungsbereichen die Änderung von derzeit Landwirtschaftsfläche in künftig Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Solarenergienutzung" erfolgen.

Für die Geltungsbereiche der o. g. VBP sowie die beiden entsprechenden Änderungsbereiche des FNP sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen (i. S. v. beachtenspflichtigen Zielen) getroffen worden.

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen wird festgestellt, **dass sowohl den eingereichten zwei Planentwürfen** (VBP „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und VBP „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“) **als auch der parallel beabsichtigten 2. Änderung des FNP der Gemeinde Gusow-Platkow** (im Bereich der v. g. VBP) **derzeit keine rechtsverbindlichen Ziele der Raumordnung entgegenstehen.**

#### Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Oderland-Spree, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812
- Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Erneuerbare Energien der Region Oderland-Spree vom 29.01.2024, öffentliche Auslegung vom 11.03.2024 bis 17.05.2024; im Internet aufrufbar unter <https://www.rpq-oderland-spree.de/regionalplaene/sachlicher-teilregionalplan-erneuerbare-energien>.

#### Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

#### Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: [gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de).
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** [gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de) sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbewachung: [PLIS@lbv.brandenburg.de](mailto:PLIS@lbv.brandenburg.de).
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

**Seite 3**

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Jens-Uwe Gutsche

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



# GEWÄSSER – UND DEICHVERBAND ODERBRUCH

Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Träger der SERVICE – STATION "Östliches Brandenburg"  
Der Verbandsvorsteher



1717

Gewässer- und Deichverband Oderbruch · Feldstraße 3d · 15306 Seelow

Telefon: (03346) 8988-0  
Fax: (03346) 88931  
E-mail: gedo@gedo-seelow.de

Landplan GmbH  
Möllenstr. 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf OT Herzfelde

nur per E-Mail: jvolk@landplan.de

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen  
hu

Datum  
12.07.2024

**VBP Neubau Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow**  
**VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage Gusow-Platkow**  
**2. Änderung des FNP Gusow-Platkow**  
**Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Gewässer- und Deichverbandes Oderbruch gibt es keine Einwände.

Direkt im bezeichneten Gebiet befinden sich keine Gewässer und wasserwirtschaftlichen Anlagen  
2. Ordnung, die in unserer Unterhaltungspflicht liegen.

Hinweisen möchten wir darauf, dass auf den Flächen der Gemarkung Gusow, Flur 4, Flurstücke 147  
und 367 teilweise Drainageflächen ausgewiesen sind, (siehe Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

  
Julien Butschke  
Geschäftsführer

Anlagen: Hinweis Drainageflächen



Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Landplan GmbH  
Jacqueline Volk  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin/ OT Herzfelde

Bearb.: Frau Andrea Barenz  
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-  
3700/907+3#259232/2024  
Hausruf: +49 355 4991-1332  
Fax: +49 331 27548-2659  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 12.07.2024

## **2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow-Platkow** Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 25.06.2024
- Begründung, 05/2024
- Planzeichnung, 05/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 12.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:  
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:  
Seeburger Chaussee 2  
14476 Potsdam  
OT Groß Glienicke

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow-Platkow; Landkreis Märkisch Oderland
Ansprechpartner*In:	Heike Priesner
Referat:	W13
Telefon:	0355 4991 – 1388
E-Mail:	Heike.Priesner@LfU.Brandenburg.de

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>1. Einwendungen</b> Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

<b>2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</b>
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

<b>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</b>
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p><b>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</b></p> <p><b><u>Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement</u></b>  <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8)</i>  <i>Bearbeiter: Ulrich Herrmann, Referat W16 (Tel.: 0335 60676 -5403)</i></p> <p>In der Begründung sollten die Punkte 3.1.2; 3.5; 5.1.2; 5.5 unter Berücksichtigung der folgenden Anmerkungen angepasst werden.</p> <p><u>Hochwasserrisikogebiet entsprechend §73 Abs. 1 Satz 1 WHG</u></p> <p>Die Fläche der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow befindet sich vollständig in einem Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQExtrem) entsprechend §73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Bei Bauvorhaben in Hochwasserrisikogebieten greifen §78 b und §78 c WHG.</p> <p>In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und Risiken entsprechend umfassend einzugehen gem. den rechtsverbindlichen Festsetzungen nach §9 Abs. 1 Nr. 16c, §9 Abs. 5 Nr.1 und Abs. 6a BauGB.</p> <p>Die Fläche der Risikogebiete (HQextrem) sollen nach §§ 5 Abs. 4a und 9 Abs. 6a BauGB in die Bauleitpläne übernommen werden.</p> <p>In Risikogebieten sind bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für Gebiete im Sinne von § 30 Abs. 1 und 2 oder § 34 BauGB nach § 78b WHG insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.</p> <p><b><u>Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen</u></b></p> <p>Zur Vermeidung von Schäden in jeglichen von Überflutungen potenziell gefährdeten Bereichen soll nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Nutzung der Grundstücke im Plangebiet an die möglichen nachteiligen Folgen von Hochwasser für Menschen, Umwelt und Sachwerte angepasst ist.</p>	

Dafür sollte die Bauleitplanung in diesen Gebieten hochwasserangepasst erfolgen.

In Betracht kommen dazu neben Informationen über hochwasserbedingte Risiken im Bebauungsplan, Vorgaben für eine hochwasserangepasste Bauausführung durch Festsetzungen zum Beispiel der Bauweise und der Stellung baulicher Anlagen, der nicht überbaubaren Grundstücksflächen, der von Bebauung freizuhaltenden Flächen und der Höhenlage der zulässigen Nutzung (mit Blick auf Gebäude wie auch auf einzelne Geschosse oder Teile baulicher Anlagen) sowie Vorgaben zum sicheren Betrieb von Ölheizungen.

Hinweise zum hochwasserangepassten Bauen kann der **Hochwasserschutzfibel – Objektschutz und bauliche Vorsorge** des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat entnommen werden (Download unter: [Hochwasser-schutzfibel \(fib-bund.de\)](https://www.fib-bund.de/))

#### Karten/ Geodaten

Die konkrete Gefährdung kann mithilfe der Auskunftsplattform Wasser (<https://apw.brandenburg.de/>), die durch das LfU Brandenburg zur Verfügung gestellt wird, überprüft werden.

Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) unter folgendem Link:

(<https://metaver.de/search/dls/#?serviceId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>)

Heike Priesner

Dieses Dokument wurde am 12.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow- Platkow
Ansprechpartner*In: Telefon: E-Mail:	Frau Hoffmann 0355 4991 1345 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>1. Einwendungen</b> Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

<b>2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</b>
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

<b>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</b>
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p><u>Sachstand:</u></p> <p>Planungsziel der 2. Änderung des FNP Gusow-Platkow ist für die Bereiche der vorhabenbezogenen Bebauungspläne „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ die Darstellung von Sonderbauflächen „Solar“ und „Biomethan“ für derzeit als Flächen für Landwirtschaft dargestellte Flächen.</p> <p><u>Stellungnahme:</u></p> <p>Rechtsgrundlagen  § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)  § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Es wird auf die Stellungnahmen des LfU, Belang Immissionsschutz, zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplänen „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ der Gemeinde Gusow-Platkow verwiesen (im Parallelverfahren). Die darin enthaltenen Hinweise zum Belang Immissionsschutz sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p>	

Dieses Dokument wurde am 12.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--



Landplan GmbH  
z.Hd. Frau Volk  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin / OT Herzfelde

Dezernat Planung Ost  
Dienststätte Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 51  
15236 Frankfurt (Oder)

**Postanschrift:**  
Landesbetrieb Straßenwesen  
Brandenburg  
Lindenallee 51  
15366 Hoppegarten  
Bearb.: Frank Anton  
Gesch.-Z.: 321.06  
Hausruf: (03342) 249 1292  
Fax:  
Internet: [www.ls.brandenburg.de](http://www.ls.brandenburg.de)  
[frank.anton@ls.brandenburg.de](mailto:frank.anton@ls.brandenburg.de)

Frankfurt (Oder), 05.07.2024

**Vorentwurf VBP „Biomethanaufbereitung Gut Karlshof“ sowie parallele  
2. Änderung des FNP der Gemeinde Gusow-Platkow**

Ihr Schreiben vom 25.06.2024 Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger  
öffentlicher Belange nach §4 Abs. 2 BauGB

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)  
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Volk,

aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die von Ihnen ausgewiesene BP-Fläche befindet sich nordöstlich der L 334 (Abs. 010). Der Abstand zwischen der BP-Fläche und der Landesstraße ist ausreichend groß, so dass die anbaurechtlichen Regelungen in Bezug auf Anbauverbotszone und Anbaubeschränkungszone nicht relevant sind.
2. Angaben zum erwarteten Schwerverkehrsaufkommen sind den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen. Um einschätzen zu können, ob die Erweiterung der Biogasanlage ggf. Einfluss auf die bestehende Anbindung an die Landesstraße hat, ist
  - a) das bestehende Schwerverkehrsaufkommen aus der Nutzung der bestehenden Biogasanlage
  - b) das prognostizierte Schwerverkehrsaufkommen für die geplante Erweiterung der Anlagezu benennen (SV / Tag).

Weiterhin ist anzugeben, welche der Anbindungen an die Landesstraße genutzt werden sollen:

- a) Zufahrt L 334, Abs. 010, ca. km 2,595 (mit Beschilderung: „zur Biogasanlage“)
  - b) Zufahrt L 334, Abs. 010, ca. km 4,1.
- Sofern möglich, ist auch zu benennen aus welcher Richtung der Schwerverkehr vorzugsweise anfährt (Norden / Süden?).
3. Den eingereichten Unterlagen ist zu entnehmen, dass eine Leitung zwischen der Biomethanaufbereitungsanlage und einer südlich von



Karlshof im Nahbereich der L 334 befindlichen Gasleitung hergestellt werden soll. Bei Leitungsverlegungen mit einem Abstand von  $\leq 40$  m zur Landesstraße ist ein Antrag auf Mitbenutzung von Landesstraßen zu stellen. Die Mindestanforderungen und Datenblätter sind unter nachfolgendem Link hinterlegt:

<https://www.ls.brandenburg.de/ls/de/verwalten/leitungen-und-sondernutzung/leitungen-im-strassenraum/leitungen-der-br-oeffentlichen-versorgung/>.

Diese Unterlagen senden Sie bitte an folgendes Funktionspostfach: [LS-Strassenverwaltung-FFO@LS.Brandenburg.de](mailto:LS-Strassenverwaltung-FFO@LS.Brandenburg.de).

4. Unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise und vorbehaltlich der ausstehenden Betrachtung etwaiger Auswirkungen des geplanten Schwerverkehrs auf die bestehende Anbindung an die Landesstraße stimme ich dem BP sowie der parallelen Änderung des FNP dem Grunde nach zu.

Freundliche Grüße  
im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Anton', is written over the printed name.

Frank Anton



LAND BRANDENBURG



Landesbetrieb  
Straßenwesen

Landesbetrieb Straßenwesen | Lindenallee 51

| 15366 Hoppegarten

Landplan GmbH  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin OT Herzfelde

Dezernat Planung Ost  
Dienststätte Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 51  
15236 Frankfurt (Oder)

**Postanschrift:**

Landesbetrieb Straßenwesen  
Brandenburg  
Lindenallee 51  
15366 Hoppegarten

Bearb.: Jennifer Pfeifer

Gesch.-Z.: 321.08

Hausruf: 03342 249 1288

Fax:

Internet: [www.ls.brandenburg.de](http://www.ls.brandenburg.de)

[Jennifer.Pfeifer@LS.Brandenburg.de](mailto:Jennifer.Pfeifer@LS.Brandenburg.de)

Frankfurt (Oder), 26.06.2024

**VBP "Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow" & Änderung FNP  
Gemeinde Gusow-Platkow**

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)  
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Sehr geehrte Frau Volk,

mit Ihrer E-Mail vom 25.06.2024 wurde der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Frankfurt (Oder) in die Beteiligung Träger öffentlicher Belange einbezogen.

Aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, dass Belange des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg (LS) nicht berührt werden. Das Planungsgebiet wird über Straßen und Wege erschlossen, für die der LS nicht die Baulast verwaltet.

Ich stimme dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie der damit verbundenen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Gusow-Platkow grundsätzlich zu.

Freundliche Grüße

Im Auftrag

Jennifer Pfeifer



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Bergbau,  
Geologie und Rohstoffe

LBGR | Postfach 100933 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26  
03046 Cottbus

Landplan GmbH  
Möllenstraße 50 Haus 10D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin/  
OT Herzfelde

Bearb.: Herr Tzschichholz  
Gesch.-Z.: 74.21.50-6-210  
Telefon: 0355 / 48 640 - 337  
Telefax: 0355 / 48 640 - 110  
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de  
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 10. Juli 2024

## Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

### A Allgemeine Angaben

#### 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow - Platkow

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 25. Juni 2024 – Volk

Anhørungsfrist: 26. Juli 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

### B Stellungnahme

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.

1. **Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

2. **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

#### Überweisungen an:

Landesbank Hessen–Thüringen  
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam  
Konto-Nr.: 7 110 401 747  
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47  
BIC-Swift: WELADEDXXX

**3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:**

**Geologie:**

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Freundliche Grüße  
Im Auftrag



Tzschichholz



Landplan GmbH  
z.Hd. Frau Volk  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin / OT Herzfelde

Dezernat Planung Ost  
Dienststätte Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 51  
15236 Frankfurt (Oder)

**Postanschrift:**

Landesbetrieb Straßenwesen  
Brandenburg  
Lindenallee 51  
15366 Hoppegarten

Bearb.: Frank Anton

Gesch.-Z.: 321.06

Hausruf: (03342) 249 1292

Fax:

Internet: [www.ls.brandenburg.de](http://www.ls.brandenburg.de)  
[frank.anton@ls.brandenburg.de](mailto:frank.anton@ls.brandenburg.de)

Frankfurt (Oder), 05.07.2024

**Vorentwurf VBP „Biomethanaufbereitung Gut Karlshof“ sowie parallele  
2. Änderung des FNP der Gemeinde Gusow-Platkow**

Ihr Schreiben vom 25.06.2024 Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger  
öffentlicher Belange nach §4 Abs. 2 BauGB

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)  
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Volk,

aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die von Ihnen ausgewiesene BP-Fläche befindet sich nordöstlich der L 334 (Abs. 010). Der Abstand zwischen der BP-Fläche und der Landesstraße ist ausreichend groß, so dass die anbaurechtlichen Regelungen in Bezug auf Anbauverbotszone und Anbaubeschränkungszone nicht relevant sind.
2. Angaben zum erwarteten Schwerverkehrsaufkommen sind den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen. Um einschätzen zu können, ob die Erweiterung der Biogasanlage ggf. Einfluss auf die bestehende Anbindung an die Landesstraße hat, ist
  - a) das bestehende Schwerverkehrsaufkommen aus der Nutzung der bestehenden Biogasanlage
  - b) das prognostizierte Schwerverkehrsaufkommen für die geplante Erweiterung der Anlagezu benennen (SV / Tag).

Weiterhin ist anzugeben, welche der Anbindungen an die Landesstraße genutzt werden sollen:

- a) Zufahrt L 334, Abs. 010, ca. km 2,595 (mit Beschilderung: „zur Biogasanlage“)
- b) Zufahrt L 334, Abs. 010, ca. km 4,1.

Sofern möglich, ist auch zu benennen aus welcher Richtung der Schwerverkehr vorzugsweise anfährt (Norden / Süden?).

3. Den eingereichten Unterlagen ist zu entnehmen, dass eine Leitung zwischen der Biomethanaufbereitungsanlage und einer südlich von



Karlshof im Nahbereich der L 334 befindlichen Gasleitung hergestellt werden soll. Bei Leitungsverlegungen mit einem Abstand von  $\leq 40$  m zur Landesstraße ist ein Antrag auf Mitbenutzung von Landesstraßen zu stellen. Die Mindestanforderungen und Datenblätter sind unter nachfolgendem Link hinterlegt:

<https://www.ls.brandenburg.de/ls/de/verwalten/leitungen-und-sondernutzung/leitungen-im-strassenraum/leitungen-derbr-oeffentlichen-versorgung/>

Diese Unterlagen senden Sie bitte an folgendes Funktionspostfach: [LS-Strassenverwaltung-FFO@LS.Brandenburg.de](mailto:LS-Strassenverwaltung-FFO@LS.Brandenburg.de).

4. Unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise und vorbehaltlich der ausstehenden Betrachtung etwaiger Auswirkungen des geplanten Schwerverkehrs auf die bestehende Anbindung an die Landesstraße stimme ich dem BP sowie der parallelen Änderung des FNP dem Grunde nach zu.

Freundliche Grüße  
im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Anton', written in a cursive style.

Frank Anton



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Straßenwesen | Lindenallee 51

| 15366 Hoppegarten

Landplan GmbH  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin OT Herzfelde



Landesbetrieb  
Straßenwesen

Dezernat Planung Ost  
Dienststätte Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 51  
15236 Frankfurt (Oder)

**Postanschrift:**

Landesbetrieb Straßenwesen  
Brandenburg  
Lindenallee 51  
15366 Hoppegarten

Bearb.: Jennifer Pfeifer

Gesch.-Z.: 321.08

Hausruf: 03342 249 1288

Fax:

Internet: [www.ls.brandenburg.de](http://www.ls.brandenburg.de)

[Jennifer.Pfeifer@LS.Brandenburg.de](mailto:Jennifer.Pfeifer@LS.Brandenburg.de)

Frankfurt (Oder), 26.06.2024

**VBP "Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow" & Änderung FNP  
Gemeinde Gusow-Platkow**

Bus 981 (Haltestelle Landesbehördenzentrum)  
Tram 4 (Haltestelle Kopernikusstraße)

Sehr geehrte Frau Volk,

mit Ihrer E-Mail vom 25.06.2024 wurde der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Frankfurt (Oder) in die Beteiligung Träger öffentlicher Belange einbezogen.

Aus Sicht der Straßenbauverwaltung nehme ich wie folgt Stellung:

Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, dass Belange des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg (LS) nicht berührt werden. Das Planungsgebiet wird über Straßen und Wege erschlossen, für die der LS nicht die Baulast verwaltet.

Ich stimme dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie der damit verbundenen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Gusow-Platkow grundsätzlich zu.

Freundliche Grüße

Im Auftrag

Jennifer Pfeifer

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR • Lindenstraße 34 • 14467 Potsdam

Landplan GmbH

z.Hd. Frau Volk

07/2024/Frau Pape-Zierke

Möllenstraße 50/Haus 10D

Potsdam, den 22.07.2024

15378 Rüdersdorf b. Berlin/OT Herzfelde

tel.: 0331/20155-53

Per Mail: [jvolk@landplan.de](mailto:jvolk@landplan.de)

## **Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow-Platkow**

Hier:

**Bebauungsplan Freiflächenphotovoltaikanlage in Gusow-Platkow,  
Bebauungsplan Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow**

**Ihr Zeichen: ohne**

**Ihre Mail vom 25.06.2024**

Sehr geehrte Frau Volk,

die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und äußern sich wie folgt:

Die beiden nachfolgend nochmal aufgeführten Stellungnahmen vom 22.07.2024 zu beiden Bebauungsplänen gelten im übertragenen Sinn auch für die Flächennutzungsplanänderung. Der Flächennutzungsplanänderung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zugestimmt werden:

**Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zum Bebauungsplan Freiflächenphotovoltaikanlage in Gusow-Platkow, Fl. 4, Flst. 367+145 (ca. 6,0ha)**

**Ihr Zeichen: ohne**

**Ihre Mail vom 25.06.2024**

Sehr geehrte Frau Volk,

die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und äußern sich wie folgt:

Landesbüro  
anerkannter  
Naturschutzverbände GbR  
für das Land Brandenburg

Haus der Natur: Innenhof  
Lindenstr./Ecke Breite Str.  
[www.landesbuero.de](http://www.landesbuero.de)

Tel.: +49(0)331-201 55 50  
Fax.: +49(0)331-201 55 55  
[info@landesbuero.de](mailto:info@landesbuero.de)

Berliner Volksbank - IBAN:  
DE17 1009 0000 1802 4350 09  
BIC: BEVODE33

*Geplant ist die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage im Außenbereich von Gusow-Platkow auf einer Fläche, die mittlerweile gemäß WaldG als Wald ansprechbar ist.*

*Auch wenn das Plangebiet mit ca. 6-7ha als kein großflächiges Vorhaben angesehen werden kann, werden hier Bedenken geäußert.*

*Die Planung ist nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar, der hier landwirtschaftliche Nutzung vorsieht.*

*Das Vorhaben selbst gehört nicht zu den privilegierten Vorhaben gemäß BauGB.*

*Die Planfläche befindet sich weder entlang einer Autobahn oder eines Schienenstranges noch steht sie im räumlich-funktionalem Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gartenbaulichen Betrieb und übersteigt die Größe von 2,5ha nicht.*

*Ob es sich real um einen minderwertigen Acker (Bodenzahl) handelt wird nicht weiter ausgeführt, so wie auch die Formulierung, daß es sich hier um eine Konversationsfläche handelt, die nicht weiter untersetzt wird. Die am Standort vorkommenden Bodenzahlen sind nachprüfbar zu benennen.*

*Da aber vorgesehen ist, nach 20-30 Jahren die landwirtschaftliche Nutzung wieder aufzunehmen, müssen wir davon ausgehen, daß es sich doch um einen landwirtschaftlich nutzbaren Standort mit ausreichender Bodenqualität handelt.*

*Aus naturschutzfachlicher Sicht werden hier Bedenken geäußert, da einerseits Wald im Sinne des WaldG in Anspruch genommen werden soll und sich andererseits das FND Feuchtgebiet Karlshof mit ca. 200-250m Entfernung in unmittelbarer Nähe befindet.*

*Die Anwendung der Eingriffsregelung fand nur ansatzweise statt, die Eingriffe werden nur unvollständig benannt und bilanziert. So fehlen Angaben zum Umfang, zur Qualität notwendiger Ersatzpflanzungen ebenso wie ein Artenschutzfachgutachten.*

#### **FAZIT**

*Die vorliegende Planung wird kritisch gesehen.*

*Das Vorhaben ist nicht privilegiert, aus dem FNP nicht entwickelbar und würde bei Planumsetzung zu Eingriffen in Waldstrukturen führen. Die Inanspruchnahme von Wald wird grundsätzlich kritisch gesehen und abgelehnt.*

*Es fehlen ein Artenschutzfachgutachten, die Anwendung der Eingriffsregelung einschließlich einer schutzgutbezogenen Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanz mit belastbaren Aussagen zu Art, Weise, Qualität und Quantität zuzüglich des Nachweises der Flächenverfügbarkeit (z.B. Aufforstungsflächen).*

*Wir bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren, einschließlich der Kenntnissgabe der Abwägungsentscheidung.*

---

**Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zum Bebauungsplan Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow, Fl. 4, Flst. 350+351**

**Ihr Zeichen: ohne**

**Ihre Mail vom 25.06.2024**

*Sehr geehrte Frau Volk,*

*die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und äußern sich wie folgt:*

*Geplant ist die Errichtung einer Biomethanaufbereitungsanlage im Außenbereich von Gusow-Platkow auf einer Fläche, die derzeit noch landwirtschaftlicher Nutzung unterliegt.*

*Die Planung ist nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar, der hier landwirtschaftliche Nutzung vorsieht. Das Vorhaben selbst gehört nicht zu den privilegierten Vorhaben gemäß BauGB.*

*Am Standort besteht bereits eine genehmigte Verbrennungsmotorenanlage und ein Zündöllagertank (Pflanzenöl).*

*Für das geplante Vorhaben ist ein Bimsch-Verfahren erforderlich.*

*In diesem Verfahren sind alle Belange abzuklären (konzentriertes Verfahren).*

*Den vorliegenden Unterlagen kann daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zugestimmt werden.*

*Dies wird insbesondere damit begründet, daß wesentliche Antragsbestandteile fehlen (Immissionsschutzgutachten/Lärmgutachten, Angaben zum Verkehr, Artenschutz, Eingriffsregelung, Auswirkungen auf FNP Karlshof ect.).*

## **FAZIT**

*Den vorliegenden Antragsunterlagen und somit dem Planvorhaben kann aufgrund der unvollständigen Unterlagen zu diesem Zeitpunkt nicht zugestimmt werden.*

*Das Vorhaben befindet sich im Außenbereich und ist aus dem FNP nicht entwickelbar.*

*Es ist ein Bimsch-Verfahren erforderlich, in dem alle Belange (Immissionsschutz/Planungsrecht/Naturschutz) konzentriert abgearbeitet werden.*

*Die Verbände sind gerne bereit, sich in diesem Verfahren bei dem Vorliegen vollständiger Unterlagen abschließend zum Vorhaben zu äußern.*

*Vorsorglich weisen wir auch darauf hin, daß mögliche Alternativstandorte, die ggf. besser geeignet sind, geprüft werden müssen.*

*Hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft weisen wir darauf hin, daß ein Artenschutzfachgutachten, die Anwendung der Eingriffsregelung einschließlich einer schutzgutbezogenen Eingriffs-/Ausgleichs-Bilanz mit belastbaren Aussagen zu Art, Weise, Qualität und Quantität zuzüglich des Nachweises der Flächenverfügbarkeit für Kompensationsmaßnahmen fehlen.*

*Wir bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren, einschließlich der Kenntnissgabe der Abwägungsentscheidung.*

---

**Wir bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren.**

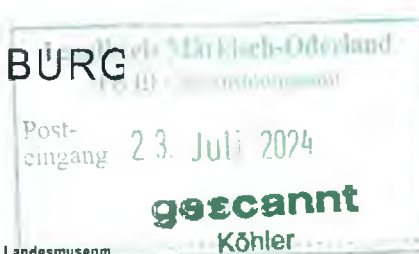
**Mit freundlichen Grüßen**

Kopie

23.07.2024 23.10.2024  
23.08.2024



LAND BRANDENBURG



Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

Landplan GmbH  
Frau Jacqueline Volk  
Möllenstraße 50, Haus 10D  
15378 Herzfelde

Brandenburgisches Landesamt  
für Denkmalpflege und  
Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege /  
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5  
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Internet: [www.bldam-brandenburg.de](http://www.bldam-brandenburg.de)

Dezernat Bodendenkmalpflege  
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /  
Braunkohle  
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06  
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71  
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01  
E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Wünsdorf, den 15. Juli 2024

Ihr Zeichen  
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)  
GV 2024:252

**Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ und Vorentwurf 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow**

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte Frau Volk,

im Bereich des o. g. Vorhabens sind **derzeit** keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum **anzuzeigen** sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhaberträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



Dr. Joachim Wacker  
Referatsleiter Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

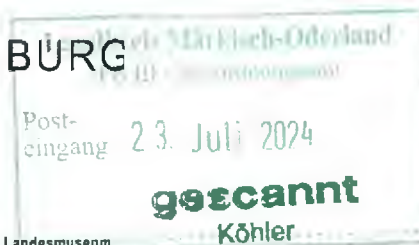
Kopie an - Lkr. Märkisch-Oderland / Untere Denkmalschutzbehörde

Kopie

23.11/2024 23.10/2024  
23.08/2024



LAND BRANDENBURG



Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

Landplan GmbH  
Frau Jacqueline Volk  
Möllenstraße 50, Haus 10D  
15378 Herzfelde

Brandenburgisches Landesamt  
für Denkmalpflege und  
Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege /  
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5  
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Internet: [www.bldam-brandenburg.de](http://www.bldam-brandenburg.de)

Dezernat Bodendenkmalpflege  
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /  
Braunkohle  
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06  
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71  
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01  
E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Wünsdorf, den 15. Juli 2024

Ihr Zeichen  
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)  
GV 2024:252

**Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ und „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ und Vorentwurf 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gemeinde Gusow-Platkow**

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte Frau Volk,

im Bereich des o. g. Vorhabens sind **derzeit** keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum **anzuzeigen** sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhaberträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)  
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: [julia.braungart@bldam.brandenburg.de](mailto:julia.braungart@bldam.brandenburg.de)

Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



Dr. Joachim Wacker  
Referatsleiter Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Kopie an - Lkr. Märkisch-Oderland / Untere Denkmalschutzbehörde



## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen [ ]

#### A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde: **Amt Seelow-Land - Der Amtsdirektor, Herr Steffen Lübke**  
**[X] Flächennutzungsplan:** **2. Änderung FNP gem. § 4b BauGB, Gem. Gusow-Platkow**  
[ ] Bebauungsplan:  
[ ] vorhabenbezogener Bebauungsplan:  
(Vorhaben- und Erschließungsplan)  
[ ] sonstige Satzung:  
Fristablauf für die Stellungnahme am: 29.07.2024, Fristverlängerung bis 02.08.2024

#### B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:  
Landkreis Märkisch-Oderland

**Abs.:** Landratsamt Märkisch-Oderland Datum: 31.07.2024  
Der Landrat Telefon: 03346 850 6321  
Amt für Landwirtschaft und Umwelt Fax: 03346 850 6309  
FD Agrarentwicklung Bearb.: V. Deutschmann  
Puschkinplatz 12 AZ.: 63.30/02311-24  
15306 Seelow

[ ] Keine Einwendungen

[ ] Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendung:
2. Rechtsgrundlage:
3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen):

[ ] Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

**[X] Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:**

Die Gemeindevertreter der Gemeinde Gusow-Platkow haben am 16. Mai 2024 die Aufstellung der 2. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst die Geltungsbereiche der vorhabenbezogenen Bebauungspläne „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“ (Änderungsfläche 1) und „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ (Änderungsfläche 2).

Die betroffenen Flächen sind derzeit im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft“ ausgewiesen mit einer Gesamtfläche von ca. 7,5 ha.

Name: Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme	Nummer: MOL 10.4/0008	Version: 01.0
---	--------------------------	------------------





In den Geltungsbereichen der vbB-Pläne soll Baurecht für die Errichtung einer Biomethananlage mit der Ausweisung einer Sonderbaufläche „SO Biomethan“ mit einer Größe von etwa 0,5 ha sowie die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage mit der Ausweisung einer Sonderbaufläche „SO Solar“ mit einer Größe von etwa 6,3 ha geschaffen werden.

**Aus landwirtschaftlicher Sicht ist auf Folgendes hinzuweisen:**

1. Änderungsbereich

Mit der Ausweisung einer Sonderbaufläche „SO Biomethan“ soll die Errichtung einer Biomethananlage ermöglicht werden, um dort den größten Teil des Rohbiogases auf Erdgasqualität aufzubereiten und ins Gasnetz des örtlichen Netzbetreibers einzuspeisen.

Diese Änderung für den 1. Änderungsbereich des rechtskräftigen FNP der Gemeinde Gusow-Platkow wird aus landwirtschaftlicher Sicht **befürwortet**.

2. Änderungsbereich

Die Ertragsfähigkeit aller landwirtschaftlichen Nutzflächen liegt im Land Brandenburg je Hektar im Durchschnitt bei einer Ackerzahl von unter 35. Bei den hier betroffenen Flächen handelt es sich allerdings unter anderem um Ackerflächen von zum Teil höchster Qualität und damit um landwirtschaftlich leistungsfähige Böden. Die Böden der betroffenen Flächen innerhalb des Geltungsbereiches weisen überwiegend **Ackerzahlen von 52-66** auf.

In diesem Zusammenhang ist auf das „Landschaftsprogramm Brandenburg“ hinzuweisen. Darin heißt es unter Punkt 3.2.2:

„Landwirtschaftlich leistungsfähige Böden sind vor anderer Flächeninanspruchnahme zu sichern. Gebiete mit leistungsfähigen Böden weisen innerhalb des Landes einen vergleichsweise geringen Flächenanteil auf und konzentrieren sich u.a. im Oderbruch.

Für die Neuinanspruchnahme von Boden in diesem Raum sollten strenge Maßstäbe an den Bedarfsnachweis angelegt werden.“

Auf leistungsstarken Ackerflächen, wie diesen hier, muss grundsätzlich die Produktion von Nahrungsmitteln bzw. Futtermitteln Vorrang haben. Für die Solarnutzung sollten vorrangig Dächer, versiegelte Flächen oder Konversionsflächen genutzt werden. Auch sollte die Möglichkeit einer kombinierten Nutzung, aus Solar und landwirtschaftlicher Nutzung, bevorzugt werden oder Ackerflächen mit niedrigeren Bodenpunkten.

Für den 2. Änderungsbereich soll mit der 2. Änderung des rechtskräftigen FNP der Gemeinde Gusow-Platkow eine ausgewiesene „Fläche für die Landwirtschaft“ neu als Sonderfläche „SO Solar“ dargestellt werden.

Diese Änderung des rechtskräftigen FNP wird aus landwirtschaftlicher Sicht auf Grund des ertragsfähigen, ersatzlosen Flächenentzuges **nicht befürwortet**.

Rechtsgrundlagen: § 1 Baugesetzbuch (BauGB), § 2 Abs. 2 Nr. 4 Raumordnungsgesetz (ROG), Landschaftsprogramm Brandenburg (LaPro), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR),

31.07.2024  
Datum, Unterschrift

Gez. V. Deutschmann

Name: Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme	Nummer: MOL 10.4/0008	Version: 01.0
---	--------------------------	------------------



**Bauordnungsamt**  
**Frau Schneider**  
AZ.: 63.30/2311-24

## **A. Allgemeine Angaben**

Stadt/Gemeinde/Amt: Seelow-Land

### **[X] Flächennutzungsplan**

2. Änderung FNP gem. § 4b BauGB

Stand: 2024

Gusow-Platkow

Gemarkung: Gusow-Platkow

Flur:

Flurstücke:

- ☐ Bebauungsplan
- ☐ Satzung nach BauGB
- ☐ Vorhaben- und Erschließungsplan
- ☐ sonstige Satzung

## **B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange**

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

### **untere Abfallwirtschaftsbehörde (uAWB)**

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland, FB IV  
Amt für Landwirtschaft und Umwelt  
uAWB  
Puschkinplatz 12  
15306 Seelow

Datum: 08.08.2024  
Tel.: 03346/8507342  
Fax: 03346/8506309  
Bearbeiter: Hr. Unger  
Az.: 32.32.01/02-24-0048

- ☐ Keine Äußerung

**[X]** Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:

1. Einwendungen: **Keine**

...

2. Rechtsgrundlage:

...

3. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiung):

...

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

**[X]** Hinweise und Anmerkungen, Forderungen, Bedenken aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan:

Seitens der uAWB bestehen gegen diese Entwurfsfassung keine grundlegenden abfallrechtlichen Einwände.

Gemäß §§ 23 und 24 BbgAbfBodG sind auf den Plangrundstücken illegal abgelagerte oberflächliche Abfälle sowie bei Eingriffen unterhalb der Geländeoberkante festgestellte/geförderte organoleptische Auffälligkeiten/freigelegte Abfallfraktionen uAWB zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise umgehend anzuzeigen.

Es besteht das Erfordernis der Beteiligung der uAWB an den folgenden baurechtlichen Genehmigungsverfahren, einschließlich gesamtheitlicher Erschließungsmaßnahmen.

Rechtsgrundlagen:

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen - Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), vom 24.02.2012, BGBl. I S. 212, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist

Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997 (GVBl. I S. 40) in der gültigen Fassung

J. Unger



## Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

Bauordnungsamt

Herr Schebitz

DO Strausberg

Fachbereich: IV  
Organisationseinheit: Amt für Landwirtschaft und Umwelt  
Fachdienst: Untere Wasserbehörde und Untere Bodenschutzbehörde  
Untere Bodenschutzbehörde (UBB)  
Dienstort: Seelow  
Auskunft erteilt: Herr Berger  
Durchwahl: 03346 850 - 7341  
Telefax: 03346 850 - 6309  
E-Mail: bodenschutzbehoerde@landkreismol.de

**AZ:** 02311-24

Datum: 18. Juli 2024

### A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt: Seelow-Land

Vorhaben: Änderungsfläche 1  
Errichtung bzw. Neubau einer Biomethananlage

Änderungsfläche 2  
Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage (PV) einschließlich Nebenanlagen und Lagerflächen

☒ Flächennutzungsplan

Flächennutzungsplan (FNP) 2. Änderung, (Stand Vorentwurf: April 2024)

Gemarkung: Gusow

Flur: 4

Flurstücke: 268, 350 Änderungsfläche 1  
145, 367 Änderungsfläche 2

☐ Bebauungsplan

☐ Satzungen

☐ Vorhaben- und Erschließungsplan

☐ sonstige Satzung

### B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

**Untere Bodenschutzbehörde (UBB)**

Az. UBB: 32.31.01/0002





Aus Sicht der UBB bestehen gegen den o.a. Flächennutzungsplan, 2. Änderung keine Einwände.

## 1. Auflagen

- 1.1 Das Vorhaben Änderungsfläche 1 – Errichtung bzw. Neubau einer Biomethananlage sowie Änderungsfläche 2 - Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage (PV) einschließlich Nebenanlagen und Lagerflächen ist nach den geltenden, allgemein anerkannten Regeln der Technik so durchzuführen, dass eine schädliche Bodenveränderung (Bundes-Bodenschutzgesetz, § 7 BBodSchG<sup>1</sup>) ausgeschlossen werden kann. D. h. es hat ein sparsamer und schonender Umgang mit Boden sowie der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Stoffe, durch Erosion und durch Verdichtungen zu erfolgen (DIN 18915, DIN 19731 und DIN 19639). Die Flächeninanspruchnahme ist auf das Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere für Flächen, die für den Rückbau der Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage zusätzlich zur bestehenden Flächeninfrastruktur in Anspruch genommen werden. Für den Rückbau (zusätzlich zur bestehenden Infrastruktur) in Anspruch genommene Flächen müssen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Böden vor Verdichtung und Vernässung, Stoffeinträgen und Verschmutzung sowie Erosion zu schützen.

Baustelleneinrichtungsflächen müssen ausreichend dimensioniert werden (Lagerkapazität, Maschinenbewegung auf den Flächen).

- 1.2 Sollten umweltrelevante und/oder organoleptische Auffälligkeiten (Farbe, Geruch, Beschaffenheit, Material) im Boden, Bausubstanz und/oder Grundwasser festgestellt werden, sind diese gemäß § 31 BbgAbfBodG<sup>2</sup> der UBB zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise umgehend zur Kenntnis zu geben.
- 1.3 Der zur Errichtung von Wechselrichtern, Trafo und Kabelgräben erforderliche Bodenabtrag ist zwischenzulagern, vor Verdichtung und Verunreinigung zu schützen und möglichst am Standort wieder einzubauen. Die Fläche des Eingriffs oder der temporären Beanspruchung ist möglichst gering zu halten. Erdaushub soll möglichst vermieden werden. Vorhandene Oberbodenschichten dürfen nicht unnötig abgeschoben werden. Noch vorhandene, natürliche Böden dürfen nur im trockenen Zustand und möglichst nur mit leichten Baumaschinen befahren werden. Schädliche Stoffeinträge in das Erdreich sind zum Schutz des Grundwassers und des Bodens zu vermeiden. Das Befahren von Bautabuflächen, insbesondere zukünftiger Ausgleichsflächen, ist auszuschließen. Unvermeidbare Verdichtungen des Bodens durch den Baustellenbetrieb sind zu ermitteln und durch Lockerungsmaßnahmen nach Abschluss der Bauarbeiten auszugleichen.
- 1.4 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenverdichtungen und daraus resultierenden Vernässungen und Veränderungen der physikalischen Bodeneigenschaften zu ergreifen. Die Flächen sind in Abhängigkeit ihrer Inanspruchnahme beim Rückbau zu präparieren. Bodenschonendes Arbeiten auf und mit Bodenmaterial kann nur bei ausreichend trockenen Witterungsbedingungen und Bodenverhältnissen sowie bei Bodenfrost erfolgen. Nach Möglichkeit sind Maschinen mit möglichst geringem Gesamtgewicht und möglichst geringer Bodenpressung einzusetzen. Maschinen mit hohem Gesamtgewicht und hoher Flächenpressung dürfen nur in Verbindung mit Maßnahmen zum Schutz von Böden vor Verdichtungen eingesetzt werden. Schutzmaßnahmen zum Maschineneinsatz dienen dazu, den Druckeintrag in den Boden zu verringern und Verdichtungen und Vernässungen zu vermeiden. Auf ungeschütztem Boden sind Maschinen mit bodenschonenden Laufwerken (Kettenfahrzeuge mit möglichst geringem Gesamtgewicht und niedriger Flächenpressung oder





Radfahrzeuge mit Breit- und Terrareifen) einzusetzen. Die Grenzen der Befahrbarkeit und Bearbeitbarkeit von Böden sowie die spezifische Maschineneinsatzgrenze können nach DIN 19639 (2019) in Abhängigkeit von Bodenfeuchte und Konsistenzbereichen ermittelt werden.

- 1.5 Es ist eine bodenkundliche Baubegleitung im Rahmen des Rückbaus der Freiflächenphotovoltaikanlage zu beauftragen (DIN 19639). Die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person muss über die notwendige Sach- und Fachkunde verfügen und diese nachweisen. Die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person ist der Genehmigungsbehörde vor Beginn des Rückbaus zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung muss der Genehmigungsbehörde regelmäßig Bericht erstatten. Die bodenkundliche Baubegleitung ist mit der Erstellung des vorhabenbezogenen Bodenschutzkonzeptes zu realisieren.
- 1.6 (De-)Montage- und Lagerflächen der Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage sind vollständig zurückzubauen. Zuwegungen und Kabeltrassen sind, soweit sie keine andere Verwendung außerhalb der zurückzubauenden Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage haben, vollständig zurückzubauen. Versiegelte Bereiche sind vollständig zurückzubauen. Baustoffe, -abfälle, sonstige Verunreinigungen und auf/ in den Boden eingebrachte, standortfremde Materialien sind vollständig zu entfernen. Auf allen zurückgebauten Flächen sind Verdichtungen im Untergrund zu lockern, sobald dies die aktuelle Bodenfeuchte zulässt. Die Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG<sup>1</sup>), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG<sup>1</sup>).
- 1.7 Aufbereitung/Wiederherstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht zur vollständigen Wiederherstellung der Bodenfunktionen ist gemäß §§ 6-7 BBodSchV<sup>3</sup> für beanspruchte Flächen der Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage zu realisieren.
- 1.8 Es sind Maßnahmen zum Schutz des Bodens und des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen, ausgehend von Betriebsmitteln der Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage oder Maschinen, zu ergreifen. Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Einträgen von Fremdstoffen und Verunreinigungen in Form von Baustoffen oder Bauabfällen, insbesondere durch Vermischen derselben mit Bodenmaterial, zu ergreifen. Wassergefährdende Stoffe dürfen nicht auf ungeschütztem Boden gelagert werden. Maschinen dürfen nicht auf ungeschütztem Boden geparkt oder betankt werden. Maschinen müssen vor jeder Benutzung auf die Dichtheit aller Leitungssysteme mit wassergefährdenden Stoffen geprüft werden. Es ist ein Lagerort für eine ausreichende Menge an Bindemittel auszuweisen und das Baustellenpersonal darüber zu informieren. Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind Auffangwannen einzusetzen.
- 1.9 Es sind Maßnahmen zum Schutz vor Bodenerosion zu ergreifen, insbesondere für Flächen in Hanglage und mit fehlender Begrünung. Auf erosionsgefährdeten Flächen ist für eine geregelte Wasserhaltung, durch eine gezielte Ableitung von Wasser aus dem Baufeld mittels Grabensystem, sowie Sammeln und Abpumpen des Wassers zu sorgen. Auf erosionsgefährdeten Flächen sorgt eine rasche Begrünung für einen Schutz vor Erosion. Bodenmieten müssen bei längerer Lagerungsdauer aktiv (Ansaat) begrünt werden.
- 1.10 Nach Fertigstellung der Biomethananlage sowie der Freiflächenphotovoltaikanlage hat ein Rückbau der nicht mehr erforderlichen Ausbauten zu erfolgen, mithin auch der Bau- und Nebenstellflächen sowie die für die Errichtung der Biomethanalge sowie der Photovoltaikanlagen notwendigen Montageflächen. Die





Wiederherstellung der Bodenfunktion ist sicherzustellen (§ 2 BBodSchG<sup>1</sup>), schädliche Bodenveränderungen zu beseitigen (§ 10 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG<sup>1</sup>).

- 1.11 Der Rückbaubeginn sowie der Rückbauabschluss ist unaufgefordert der UBB anzuzeigen.

## 2. Hinweise

- 2.1 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG<sup>1</sup>).
- 2.2 Das Baugesetzbuch<sup>3</sup> fordert seit dem 20.07.2004 eine Verpflichtungserklärung des Vorhabenträgers bzw. Bauherrn zum Rückbau der Anlage nach dauerhafter Aufgabe der Nutzung als Voraussetzung für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit im Außenbereich (§ 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB<sup>3</sup>). Diese Verpflichtung zum Rückbau umfasst grundsätzlich die gesamte bauliche Anlage einschließlich aller Nebenanlagen und die Beseitigung aller Bodenversiegelungen einschließlich der Gründungsbauwerke.
- 2.3 Bei Vorhaben, bei denen auf einer Fläche von mehr als 3 000 Quadratmetern Materialien auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht auf- oder eingebracht werden, Bodenmaterial aus dem Ober- oder Unterboden ausgehoben oder abgeschoben wird oder der Ober- und Unterboden dauerhaft oder vorübergehend vollständig oder teilweise verdichtet wird, kann die für die Zulassung des Vorhabens zuständige Behörde im Benehmen mit der für den Bodenschutz zuständigen Behörde von dem nach § 7 Satz 1 des BBodSchG<sup>1</sup> Pflichtigen die Beauftragung einer bodenkundlichen Baubegleitung nach DIN 19639 im Einzelfall verlangen (§ 4 Absatz 5 BBodSchV<sup>3</sup>).
- 2.4 Im Bereich des Flächennutzungsplans, 2. Änderung liegt nach derzeitigem Kenntnisstand eine Altlastverdächtige Fläche (Altlaststandort) mit der Bezeichnung „Stallanlagen Karlshof Gusow“, Reg.-Nr. 0242643059, Gemarkung Gusow, Flur 4, Flurstück 143, 268, 272, 350, 351.

Während der Baumaßnahmen ist im Besonderen in diesem Bereich auf Kontaminationen und organoleptische Auffälligkeiten zu achten, bei Feststellung ist Punkt 1.2 dieser Stellungnahme zu veranlassen.

- 2.5 Es besteht generell das Erfordernis bei zukünftigen baurechtlichen Genehmigungsverfahren (Baumaßnahmen/Rückbaumaßnahmen), einschließlich gesamtheitlicher Erschließungsmaßnahmen die UBB vorab zu beteiligen, um ggf. erforderliche Gefahrenabwehrmaßnahmen für die Schutzgüter menschliche Gesundheit, Boden, Grundwasser zu ermitteln.
- 2.6 Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden und dem Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ist vorzubeugen, indem Bodeneinwirkungen vermieden oder nach Möglichkeit vermindert werden (§ 1 BBodSchG<sup>1</sup>).
- 2.7 Diese Stellungnahme wurde am Stichtag der Erstellung mit allen dem Landkreis Märkisch-Oderland – Umweltamt – UBB zur Verfügung stehenden Informationen –





ALKATOnline Altlastenkataster des Landes Brandenburg – Landesamt für Umwelt erstellt. Dennoch ist jegliche Haftung ausgeschlossen, alle Angaben erfolgen ohne Gewähr auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität.

- 2.8 Die Bauausführenden sind über die Auflagen und Hinweise zu informieren.
- 2.9 Die UBB behält sich die Anordnung von weiteren Maßnahmen vor.
- 2.10 Bei Veränderungen der dem Antrag auf Erteilung der Stellungnahme zugrundeliegenden Angaben, Unterlagen und abgegebenen Erklärung wird diese ungültig. Durch diese Stellungnahme werden die aus anderen Rechtsgründen etwa erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt.

Gez.

Berger  
SB Altlasten und Bodenschutz

<sup>1</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), Zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

<sup>2</sup> Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG), Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes\*) vom 20. Juni 2024

<sup>3</sup> Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist

<sup>4</sup> Umweltinformationsgesetz (UIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist"

<sup>5</sup> Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) "Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)" Ersetzt V 2129-32-1 v. 12.7.1999 I 1554 (BBodSchV)



# Hausinterne Mitteilung/Vermerk

Landkreis Märkisch-Oderland

Frau  
Wenke Schneider  
Klosterstraße 14  
15344 Strausberg

Fachbereich: III  
Amt: Bauordnungsamt  
Fachdienst: RBA/Untere Denkmalschutzbehörde  
Dienstort: 15344 Strausberg  
Klosterstraße 14  
Auskunft erteilt: Frau Dase  
Durchwahl: 03346 8507565  
Telefax: 03346 8507509  
E-Mail: [denkmalschutz@landkreismol.de](mailto:denkmalschutz@landkreismol.de)  
Aktenzeichen: **63.30/70521-24**  
Strausberg, 01.07.2024

Antragsteller: Amt Seelow-Land  
Der Amtsdirektor, Steffen Lübke  
Grundstück: Gusow-Platkow, Gusow, Karlshof  
Gemarkung Gusow, Flur 4, Flurstücke 367  
Vorhaben: Beteiligung im TÖB-Verfahren  
Hier: 2. Änderung FNP BP „Karlshof Solarfeld“  
**Ihr-AZ: 63.30/02308-24**

---

## Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren ( §4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

### 1 Vorbemerkungen

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

#### A. Allgemeine Angaben

Stadt/ Gemeinde/ Amt Seelow-Land, Gemeinde Gusow-Platkow, OT Gusow  
☒ Flächennutzungsplan 2. Änderung BP „Karlshof Solarfeld“  
☐ Bebauungsplan  
☐ Satzung über den VEP  
☐ sonstige

Fristablauf für die Stellungnahme am: 27.07.2024

#### B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:

Absender: Landkreis Märkisch-Oderland  
Bau- und Bodendenkmalpflege  
Klosterstraße 14  
15344 Strausberg

Datum : 01.07.2024  
Telefon : 03346 8507565  
FAX. : 03346 8507509  
Bearbeiter : Frau Dase

---

allgemeine Sprechzeiten: Dienstag 09:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr Freitag 09.00 – 12.00 Uhr. Für den verbindlichen elektronischen Rechtsverkehr mit dem Landkreis Märkisch-Oderland steht Ihnen die E-Mail-Adresse [poststelle@landkreismol.de](mailto:poststelle@landkreismol.de) zur Verfügung. Informationen unter : <http://www.maerkisch-oderland.de/kontakt>. Alle anderen E-Mail-Adressen dienen nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Internet: [www.maerkisch-oderland.de](http://www.maerkisch-oderland.de)

X **keine Äußerung**

O Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

Einwendung:

1. Rechtsgrundlage:
2. Möglichkeiten der Überwindung:

O Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

O Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Dase  
Sachbearbeiterin Denkmalschutz



## Hausinterne Mitteilung/Stellungnahme

BOA  
DO SRB

Fachbereich: IV  
Amt: Amt für Landwirtschaft und Umwelt  
Fachdienst: Untere Naturschutzbehörde (UNB)  
Dienstort: Seelow  
Auskunft erteilt: Frau Schütze  
Durchwahl: 03346 850-7322  
Telefax: 03346 850-7309  
E-Mail: cornelia\_schuetze@landkreismol.de  
AZ: 63.30/02311-24

Datum: 17. Juli 2024

### **1. Allgemeine Angaben:**

**Stadt/Gemeinde/Amt:** Amt Seelow-Land, Gemeinde Gusow-Platkow OT Gusow

### **Vorentwurf 2. Änderung FNP**

Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen TÖB zum Stand 04/24

### **2. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:**

#### **Bezeichnung des Trägers Öffentlicher Belange:**

Untere Naturschutzbehörde, Landkreis Märkisch-Oderland

### **3. Einwendungen ( E ) mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, mit Begründung ( B ) und Rechtsgrundlage ( R )**

*Erforderlicher Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung*

#### **Artenschutz**

Im Planverfahren ist zu prüfen ob artenschutzrechtliche Anforderungen bestehen. Nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besteht ein allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen. § 44 regelt die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte Tier- und Pflanzenarten.

Die Gemeinde muss sich bereits bei der Aufstellung des FNP mit den artenschutzrechtlichen Anforderungen der Verbote auseinandersetzen, wenn bereits auf dieser Ebene artenschutzrechtliche Konflikte erkennbar sind. Weist der FNP auf artenschutzrechtliche Konflikte hin, muss eine Auseinandersetzung mit diesen Anforderungen im Rahmen der Bebauungsplanung erfolgen.

( R ) §§ 39, 44, 67 BNatSchG

Möglichkeiten der Überwindung: keine

#### **Landschaftsplanung**

Landschaftspläne sind nach § 11 (2) BNatSchG aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im





Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind (Planungspflicht für Landschaftspläne).

Wesentliche Veränderungen können z.B. von großflächigen Inanspruchnahmen für die bauliche Nutzung (Freiflächenphotovoltaik, Windkraft, Wohn-/Gewerbe-/Industriegebiete) ausgehen. Mit der Aufstellung oder der Änderung des FNP sind die Voraussetzungen des § 11 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG in der Regel erfüllt.

Die Aufstellungspflicht nach § 11 Abs. 2 BNatSchG besteht auch dann, wenn für das Plangebiet noch kein Landschaftsrahmenplan oder Regionalplan vorliegt (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 1 und 2 BNatSchG).

Die in den Landschaftsplänen für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches zu berücksichtigen und können als Darstellungen oder Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 des Baugesetzbuches in die Bauleitpläne aufgenommen werden.

Landschaftspläne sind mindestens alle zehn Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang mit Blick auf die in Absatz 2 Satz 1 genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist.

Diese Prüfung beinhaltet nach § 9 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 BNatSchG auch die Richtigkeit der Angaben über den vorhandenen und zu erwartenden Zustand von Natur und Landschaft (Aktualität). Die Angaben müssen nach wie vor inhaltlich richtig sein; das betrifft insbesondere das Vorkommen von Arten und Lebensgemeinschaften, aber auch methodisch müssen sie dem Stand der Technik und den aktuellen Vorgaben der Landschaftsrahmenpläne entsprechen.

Fehlt ein aktueller und dem Stand der Technik entsprechender Landschaftsplan kann dies dazu führen, dass bei Planungen und Entscheidungen, die zu wesentlichen Veränderungen von Natur und Landschaft führen, der öffentliche Belang des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht adäquat in der Abwägung berücksichtigt werden kann.

Der Landschaftsplan kann nicht durch informelle Gutachten oder Beiträge ersetzt werden.

( R ) §§ 9, 11 BNatSchG, § 5 BbgNatSchAG

Möglichkeiten der Überwindung: Aufstellung/ Aktualisierung / Fortschreibung des Landschaftsplans

### Allgemein

Die mit den Planungen betroffenen Belange von Natur und Landschaft werden abgestuft im parallel aufzustellenden Bebauungspläne (BP) abgearbeitet. Diese liegen bislang im Vorentwurf vor und sind in dieser Planungsphase noch zu qualifizieren. Ob die Planungen zu den BP sich auf die hier zu beurteilende Änderung des FNP auswirken, kann zum derzeitigen Planungsstand nicht abschließend beurteilt werden.

Sind jedoch mit der verbindlichen Planung Belange betroffen, die im vorbereitenden Plan Beachtung finden sollten (wie u.a. bei Erfordernis Zuordnung von Flächen für Maßnahmen zum Ausgleich oder CEF-Maßnahmen) ist dieser entsprechend anzupassen.

(R) § 13 ff., §§ 39, 44, 45, 67 BNatSchG; § 1a BauGB

Möglichkeiten der Überwindung: keine

*Verfügbarkeit von umweltbezogenen Informationen für das Plangebiet*

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.





*Mitteilung zu anderen, bereits vorliegenden oder in Durchführung befindlicher Umweltprüfungen bzw. UVP*

Meiner Behörde liegen keine weitergehenden Informationen vor.

**4. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlagen:**

Mit dem hier zu ändernden Bauleitplan werden Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Für Bebauungspläne sind die Vorschriften der Eingriffsregelung nach dem BauGB anzuwenden. Im Verfahren ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz zu entscheiden, d.h. in der Abwägung sind die Vermeidung und der Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu berücksichtigen.

Einerseits besteht die Pflicht zur abgestuften Umweltprüfung und andererseits ist der mit der Aufstellung des vorbereitenden Bauleitplanes verbundene Eingriff in Natur und Landschaft zu ermitteln. Ausgleichende Kompensationsmaßnahmen sind entsprechend festzusetzen.

( R ) § 1a BauGB, § 13 ff. BNatSchG

Möglichkeiten der Überwindung: Einarbeitung in die Planung

gez. Schütze



# Hausinterne Mitteilung/Beteiligung

## Landkreis Märkisch-Oderland

Bauordnungsamt  
Herr Schebitz

AZ 02311-2024

Fachbereich:	IV
Amt:	Landwirtschaft und Umwelt
Fachdienst:	Untere Wasserbehörde
Dienstort:	Seelow
Auskunft erteilt:	Herr Labitzke
Durchwahl:	03346 850-7308
Telefax:	03346 850-6309
E-Mail:	wasserbehoerde@landkreismol.de
AZ:	32.42.60/Gu-24-0003

11.Juli 2024

### **FNP-2. Änderung gem. § 4b BauGB, Gemeinde Gusow-Platkow** **Hier: Trägerverfahren/ TÖB-Beteiligung- Ihre E-Mail vom 27.06.2024**

Die Untere Wasserbehörde gibt zu dem o. g. Bebauungsplan folgende Stellungnahme ab:

#### **Allgemeine Angaben**

Stadt/Gemeinde/Amt: Amt Seelow-Land, Gemeinde: Gusow-Platkow  
Gemarkung: Gusow, Flur , Flurstück

- ☒ Flächennutzungsplan  
☐ Bebauungsplan
- ☐ Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan  
☐ sonstige Satzung

#### **Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange**

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange:  
Untere Wasserbehörde, Landkreis Märkisch-Oderland

##### **1. Einwendungen**

- # Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: keine

##### **2. Fachliche Stellungnahme**

- # Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens: keine
- # Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

#### Hinweise zur Lage in Schutz- und Risikogebieten

Der Geltungsbereich des B-Planes berührt keine Wasserschutz- und keine festgesetzten Überschwemmungsgebiete. Das Plangebiet befindet sich jedoch vollständig in einem Hochwasserrisikogebiet gemäß §78b WHG, hier im Hochwasserrisikogebiet HQ 200 (Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit; voraussichtliches Wiederkehrintervall mindestens alle 200 Jahre oder bei Extremereignissen).

Es handelt sich um ein Risikogebiet außerhalb eines Überschwemmungsgebietes. Für dieses Risikogebiet gilt gemäß §78b Absatz 1 WHG Folgendes:

1. bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für nach §30 Abs.1 und 2 oder nach §34 BauGB zu beurteilende Gebiete sind insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit sowie die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach §1 Abs.7 BauGB zu berücksichtigen; dies gilt für Satzungen nach §34 Abs.4 und §35 Abs.6 BauGB entsprechend;
2. außerhalb der von Nummer 1 erfassten Gebiete sollen bauliche Anlagen nur in einer dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet oder wesentlich erweitert werden, soweit eine solche Bauweise nach Art und Funktion der Anlage technisch möglich ist; bei den Anforderungen an die Bauweise sollen auch die Lage des betroffenen Grundstücks und die Höhe des möglichen Schadens angemessen berücksichtigt werden.

Die Anforderungen des §78b Absatz 1 WHG sind zu berücksichtigen.

Die Lage des Plangebietes in einem Hochwasserrisikogebiet sollte als Hinweis in die Festsetzungen des B-Planes aufgenommen werden.

Darüber hinaus ist die Lage in einem Hochwasserrisikogebiet im Rahmen der Umweltprüfung als ein möglicher Konflikt in Bezug auf dem vorsorgenden Hochwasserschutz zu prüfen und zu bewerten. Beeinträchtigungen des Hochwasserabflusses, die Höhe des Wasserstandes bei Hochwasser, die Hochwasserrückhaltung sowie mögliche nachteilige Auswirkungen auf die Nachbarschaft sind zu berücksichtigen.

Weiterhin befindet sich im Plangebiet der Thöringswerder Bach.

Alle zu errichtenden baulichen Anlagen, insbesondere Module, Leitungen, Zuwegungen und Zäune, müssen zu Gewässern einen Mindestabstand von zehn Metern von der Böschungsoberkante oder, sofern eine solche nicht vorhanden ist, von der Uferlinie landeinwärts, aufweisen. Die Einhaltung des Mindestabstandes dient der Erhaltung/ der Entwicklung von Gewässerrandstreifen sowie der Sicherung der Gewässerunterhaltung.

Für weitergehende Planungen wird empfohlen, eine Stellungnahme des Gewässerunterhaltungspflichtigen, des Gewässer- und Deichverbandes Seelow einzuholen.

Labitzke  
Sachbearbeiter

#### Rechtsgrundlagen

WHG Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254)

BbgWG Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 20]), zuletzt geändert durch Art. 29 G zum Abbau von Schriftformerfordernissen im Landesrecht Brandenburg vom 5.3.2024 (GVBl. I Nr. 9)

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)

#### Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen [   ]

#### A. Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde/Amt Gusow-Platkow/ Amt Seelow-Land

[X] Flächennutzungsplan 2. Änderung Flächennutzungsplan

[   ] Bebauungsplan/ Planungsanzeige

[   ] Vorhabenbezogener Bebauungsplan

[   ] sonstiges

Fristablauf für die Stellungnahme am: 27.07.2024

#### B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Bezeichnung des Trägers öffentlicher Belange: **Wirtschaftsamt**  
Landkreis Märkisch-Oderland

**Abs.:** Landratsamt Märkisch-Oderland

Wirtschaftsamt  
Puschkinplatz 12  
15306 Seelow

Datum: 27.06.2024  
Telefon: 03346/850-7612  
Fax: 03346/850-7609  
Bearb.: Herr Salabarra  
AZ.: 61.14.14/219.24  
AZ.-BOA: 63.30/02311-24

#### Anmerkungen :

##### Änderungsfläche Nr. 1

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die Voraussetzungen für die Errichtung einer Biomethananlage einer ca. 0,4 ha großen Fläche mit der Ausweisung eines Sonstigen Sondergebietes mit Zweckbestimmung „Biomethan“ geschaffen werden.

Nach der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) sind am Vorhabenstandort keine weiteren flächenbezogenen Festlegungen getroffen worden. Die abschließende Beurteilung obliegt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg.

Gegen die Planungsabsicht (2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow-Platkow im Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“) der Gemeinde Gusow-Platkow bestehen seitens des Wirtschaftsamtes keine Bedenken.

## Änderungsfläche Nr. 2

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die Voraussetzungen für die Entwicklung einer ca. 6,3 ha großen Freiflächen - Photovoltaikanlage mit der Ausweisung eines Sonstigen Sondergebietes mit Zweckbestimmung „Solar“ geschaffen werden. Die Fläche war im FNP bisher als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.

Der Ausbau von Erneuerbaren Energien ist erklärtes energiepolitisches Ziel des Landes Brandenburg. Dies wird auch mit den Leitlinien des fortgeschriebenen Regionalen Energiekonzeptes 2021 der Region Oderland-Spree und dem aufgeführten Handlungsfeld „Erneuerbare Energien“ bekräftigt.

Die Nutzung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe an raumverträglichen Standorten soll entsprechend den regionalen Zielvorstellungen zu einer nachhaltigen und integrierten ländlichen Entwicklung führen.

Nach der Festlegungskarte des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) sind am Vorhabenstandort keine weiteren flächenbezogenen Festlegungen getroffen worden. Die abschließende Beurteilung obliegt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg.

Gemäß G 8.1 LEP HR soll zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden.

Nach G 6.1 LEP HR ist der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Die Weiterentwicklung von Möglichkeiten der Erzeugung nachhaltiger ökologisch produzierter Landwirtschaftsprodukte ist in Ergänzung zur konventionellen Erzeugung von besonderer Bedeutung.

Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree hat am 29.01.2024 die Eröffnung des förmlichen Beteiligungsverfahrens zum Entwurfs eines Sachlichen Teilregionalplans „Erneuerbare Energien“ (TRP EE) beschlossen. Der TRP EE enthält neben den Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung über Vorranggebiete auch Festlegungen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Die Träger der Bauleitplanung sollen durch Berücksichtigung des Kriteriengerüsts zu einer raumverträglichen Entwicklung von raumbedeutsamen Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) beitragen. Die Bewertung hinsichtlich der Positivkriterien, von Abwägungskriterien (z.B. [A 10] Minimalgröße von PV-FFA (15 ha)) oder Negativkriterien (z.B. [N 15] Böden mit einem hohen Erfüllungsgrad ihrer Bodenfunktion – besonders klimarobuste Böden) in Bezug zur geplanten PV-FFA im Plangebiet erfolgt durch die Regionale Planungsstelle Oderland-Spree.

Die mit der Planung beabsichtigte Errichtung einer PV-Freiflächenanlage tangiert intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen mit guten Bodenpunkten.

Um weitere Raumnutzungskonflikte mit der Landwirtschaft zu vermeiden, sollten für die Solarenergienutzung Flächen mit einer geringen Bodengüte von unter 23 Bodenpunkten betrachtet werden. Bei höheren Bodenpunkten sollte bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen die Möglichkeit einer Doppelnutzung (Landwirtschaft und Energieerzeugung/ AGRI-PV) geprüft und wenn technisch möglich umgesetzt werden.

In der Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) für Kommunen im Land Brandenburg (Herausgeber: MLUK, MIL und MWAE des Landes Brandenburg, Stand: August 2023) werden AGRI-PV-Anlagen zur Verringerung von Flächenkonkurrenzen als Vorzugslösung empfohlen.

Um die Inanspruchnahme des Freiraumes aus raumordnerischer Sicht zu minimieren, sollte aus Sicht der Kreisentwicklung die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vorrangig auf Konversionsflächen und Deponien erfolgen.

Die Planungsabsicht (2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Gusow-Platkow im Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“) der Gemeinde Gusow-Platkow kann seitens des Wirtschaftsamtes nur bedingt befürwortet werden.

25.07.2024



-----  
Datum, Unterschrift

**Beteiligung Behörden und Träger öffentlicher Belange  
an Bauleitverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren  
§ 4 Abs. 2 Baugesetzbuch**

**A. Allgemeine Angaben**

**Stadt/Gemeinde/Amt**

**[x2] Flächennutzungsplan**

**[ ] Bebauungsplan**

**[ ] Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan**

**[ ] sonstige Satzung**

**Fristablauf für die Stellungnahme am: 30.08.2024**

**Eingangsbestätigung am: 27.06.2024**

**B. Stellungnahme der Behörde:**

**Bezeichnung der Behörde: Landkreis Märkisch-Oderland**

Abs.:

Landratsamt Märkisch-Oderland  
Der Landrat  
Bauordnungsamt  
Klosterstraße 14  
15344 Strausberg

Datum: 27.08.2024  
Telefon: 03346 8507543  
Fax: 03346 8507509  
Bearb.: Schneider  
AZ.: 02311-24

**C. Einwendungen (E) mit rechtlicher Verbindlichkeit auf Grund fachgesetzlicher Regelungen jeweils mit Begründung (Bgr), Rechtsgrundlagen (Rgl) und Möglichkeiten der Überwindung (Ü) sowie beabsichtigte eigene Planungen (P), die den o.g. Plan berühren können und Anregungen (A) der Ämter des Landkreises:**

Derzeit bestehen keine Einwände.

Des Weiteren sind die Stellungnahmen des Amtes für Landwirtschaft, der Unteren Naturschutzbehörde, des Wirtschaftsamtes, der Unteren Denkmalschutzbehörde, der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde und der Unteren Wasserbehörde zu beachten.  
Die Brandschutzdienststelle sowie das Straßenverkehrsamt haben bisher keine Stellungnahmen im Verfahren abgegeben.

Schneider

Sachbearbeiterin Bauplanungsrecht



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

**DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH**

Martin-Ebell-Straße 15, 16816 Neuruppin

**Landplan GmbH**

Möllenstraße 50

15378 Rüdersdorf bei Berlin

REFERENZEN	Schreiben vom 25.06.2024
ANSPRECHPARTNER	Ines Lawrenz, Ost – Brandenburg, Ost32_2024_109585
TELEFONNUMMER	+49 30 8353-78433/e-mail: Ines.Lawrenz@telekom.de
DATUM	02.07.2024
BETRIFFT	VBP Neubau Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow, VBP Neubau Biomethanaufbereitungsanlage Gusow-Platkow, 2. Änderung des FNP Gusow-Platkow

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Ihr Schreiben dankend erhalten.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

In den Planbereichen befinden sich noch keine Telekommunikationslinien der Telekom.

Für zukünftige Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind in allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der nachfolgenden E-Mail-Adresse so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn zu beantragen:

[T-NL-Ost-PTI-32-Team-AS@telekom.de](mailto:T-NL-Ost-PTI-32-Team-AS@telekom.de)

**DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH**

Hausanschrift: Technikniederlassung Ost, Dresdener Str. 78, 01445 Radebeul | Besucheradresse: Martin-Ebell-Straße 15, 16816 Neuruppin

Postanschrift: 01059 Dresden | Pakete: 01059 Dresden

Telefon: 0351 4740 | Internet: [www.telekom.de](http://www.telekom.de)

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590

Aufsichtsrat: Srinivasan Gopalan (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Abdurazak Mudesir (Vorsitzender), Peter Beutgen, Christian Kramm

Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 814645262



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DATUM 02.07.2024  
EMPFÄNGER Landplan GmbH  
SEITE 2

Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. **Ricardo  
Thiemig**

Ricardo Thiemig

Digital signed von Ricardo Thiemig  
DN: C=D, 2.5.4.97#VATDE,  
91454526Z, CN=Deutsche Telekom  
Technik GmbH, SERIALNUMBER=  
C=828007, SN=Thiemig, O=  
Ricardo, CN=Ricardo Thiemig, E=  
Ricardo.Thiemig@telekom.de  
Ort:  
Datum: 2024.07.02 11:26:42+0200

i. A. **Ines  
Lawrenz**

Ines Lawrenz

Digital signed von Ines Lawrenz  
DN: C=D, 2.5.4.97#VATDE-81454526Z, O=  
Deutsche Telekom Technik GmbH,  
SERIALNUMBER=C=855336, SN=Lawrenz,  
CN=Ines, CN=Ines Lawrenz, E=Ines.Lawrenz@  
telekom.de  
Ort und Ort bei der Verfassung dieses  
Dokuments  
Ort:  
Datum: 2024.07.02 12:04:53+0200  
Foxit PDF Editor Version: 2023.9.0

# Zweckverband

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland  
- Der Verbandsvorsteher -



Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland  
Uferstraße 5 · 15517 Fürstenwalde

Landplan GmbH  
Herzfelde  
Möllenstraße 50 Haus 10 D  
15378 Rüdersdorf bei Berlin

Ihnen schreibt: Sebastian Wilhelm  
Technische Verwaltung

Telefon: 03361 59659-43

[technik@fuewasser.de](mailto:technik@fuewasser.de)

01. Juli 2024

## 2. Änderung des Flächennutzungsplans für die Gemeinde Gusow-Platkow, Bebauungsplan „Freiflächenphotovoltaikanlage Gusow-Platkow“ sowie Bebauungsplan „Neubau Biomethanaufbereitung Gusow-Platkow“

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange  
Ihre E-Mail vom 25.06.2024

Sehr geehrte Frau Volk,

wir teilen Ihnen mit, dass sich die oben genannten Vorhaben nicht in unserem Verbandsgebiet befinden. Die Belange des Zweckverbandes Fürstenwalde werden durch diese nicht berührt.

Stellen Sie Ihre Anfrage zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bitte beim Wasser- und Abwasserzweckverband Seelow.

Wasser- und Abwasserzweckverband Seelow  
Oderbruchstraße 1 (Kläranlage)  
15306 Seelow

[info@waz-seelow.de](mailto:info@waz-seelow.de)

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Bastian Wolff  
Techn. Geschäftsführer